

Da staut sich was

Infrastruktur. Kaputte Straßen, Schiffsstaus in Seehäfen, schleppender Ausbau des Schienennetzes, zu wenig Breitband – die deutsche Wirtschaft hat mit vielen Infrastrukturmängeln zu kämpfen. Diese Mängel beeinträchtigen immer öfter die Geschäftsabläufe der Unternehmen, wie eine IW-Studie belegt. IW-Verkehrsexperte Thomas Puls sieht große Versäumnisse beim Erhalt und Ausbau der Infrastruktur und fordert ein schnelles Gegensteuern – sowohl mit finanziellen Mitteln als auch durch einen Bürokratieabbau. —> [Seiten 2-5](#)

Süßwarenindustrie

Die viertgrößte Branche der Ernährungsindustrie produziert jedes Jahr tonnenweise Süßwaren und Knabberzeug. Der größte Teil der Naschereien geht in den Export.

—> [Seiten 6-7](#)

Ganztagsbetreuung

Vom bundesweiten Rechtsanspruch auf wochentäglich acht Stunden Unterricht und Betreuung, der ab 2026 für Grundschüler gilt, ist Deutschland noch weit entfernt.

—> [Seiten 12-13](#)

Schlaglöcher für die deutsche Wirtschaft

Infrastruktur. Von der Logistik bis zur Energieversorgung – für die Wirtschaft ist eine gute Infrastruktur elementar. Daher sind die Ergebnisse einer neuen IW-Studie alarmierend: Die Zahl der Unternehmen in Deutschland, die durch eine mangelhafte Infrastruktur in ihren Abläufen beeinträchtigt werden, ist drastisch gestiegen.

Eingeschränkte Schifffahrt wegen Niedrigwasser, Brückensperrung auf der A 45, bundesweite Verzögerungen auf der Schiene durch einen Güterzugunfall bei Hannover – in den vergangenen Monaten gab es viele schlechte Nachrichten zur Infrastruktur in Deutschland. Wie sehr Mängel, Schäden und Investitionsstau die deutschen Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit beeinflussen, wollte das Institut der deutschen

Wirtschaft (IW) genauer wissen. Deshalb haben die Forscher im Sommer 2022 zum dritten Mal nach 2013 und 2018 Firmen nach ihrer Einschätzung zur Infrastruktur gefragt. Die Ergebnisse sind besorgniserregend (Grafik):

Nahezu 80 Prozent der knapp 1.800 befragten Unternehmen werden durch Infrastrukturmängel beeinträchtigt, 2013 waren es „nur“ 59 Prozent.

Während der Anteil der Firmen mit geringen Beeinträchtigungen nahezu konstant blieb und nun 52 Prozent beträgt, stieg er bei den massiv betroffenen Unternehmen auf 27 Prozent. In der Erstbefragung 2013 gaben noch 11 Prozent an, starke Nachteile durch die bestehende Infrastruktur zu haben, 2018 waren es schon 16 Prozent. In der aktuellen Befragung waren auch erstmals mehr Firmen stark als gar nicht beeinträchtigt.

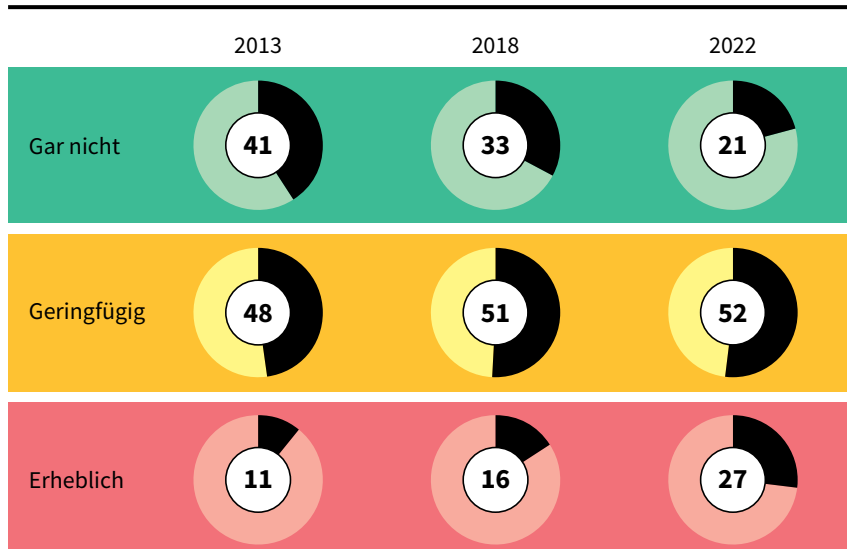
Das IW hat aber nicht nur die generelle Betroffenheit abgefragt, sondern auch die einzelnen Infrastrukturbereiche in den Fokus genommen. Die von Mängeln eingeschränkten Unternehmen konnten ihre Bewertungen zum Straßen-, Luft- und Schienenverkehr, zum Kommunikationsnetz und zur Energieversorgung abgeben. Vor allem zwei Sektoren fallen negativ auf (Grafik Seite 3):

Im Schiffsverkehr und bei der Energieversorgung haben sich die Bedingungen für die deutsche Wirtschaft massiv verschlechtert.

Mit Blick auf die Schifffahrt stieg der Anteil der stark beeinträchtigten Unternehmen seit 2018 von 3 auf 24 Prozent. Dafür gibt es zwei Ursachen. Zum einen stauten und stauen sich durch gestörte internationale Lieferketten immer wieder

Infrastrukturmängel: Die Unternehmen leiden

So viel Prozent der befragten Unternehmen waren beziehungsweise sind in diesem Maß durch Mängel in der Infrastruktur in ihren Geschäftsabläufen beeinträchtigt



Befragung von 2.867 (2013), 2.684 (2018) und 1.760 (2022) Unternehmen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Containerschiffe vor Seehäfen. In der Folge kam beziehungsweise kommt es zu Verzögerungen beim Weitertransport von Waren. Zum anderen hat das Niedrigwasser im Sommer auf der wichtigsten deutschen Wasserstraße, dem Rhein, dafür gesorgt, dass Schiffe nur noch mit verringerter Ladung fahren konnten. Beides hat indirekt Einfluss auf viele Firmen.

Die zweite große Baustelle ist aus Unternehmenssicht die Energieversorgung: So sehen sich 62 Prozent der Firmen hier beeinträchtigt, 2018 waren es nur 28 Prozent. Auch wenn die Energiepreise durch die Fragestellung explizit als Bewertungskriterium ausgeschlossen wurden, deuten die Zahlen darauf hin, dass

die hohen Preise maßgeblich für die Einschätzung der Unternehmen sind. Denn bereits bei der Befragung im Jahr 2013 korrelierten hohe Preise und die hohe Zahl der Firmen mit Beeinträchtigungen durch den Energiesektor. 2018 verhielt es sich bei eher niedrigen Energiekosten genau andersherum – weniger Unternehmen sahen in der Energieversorgung ein Geschäftshindernis.

Das größte Sorgenkind bleibt für die Unternehmen aber weiterhin der Straßenverkehr. Acht von zehn Firmen mit Beeinträchtigungen bereiten Straßenschäden, Baustellen und Staus Probleme.

Im Jahr 2018 war der Anteil mit 72 Prozent noch etwas niedriger. Am schlechtesten bewerten die Unter-

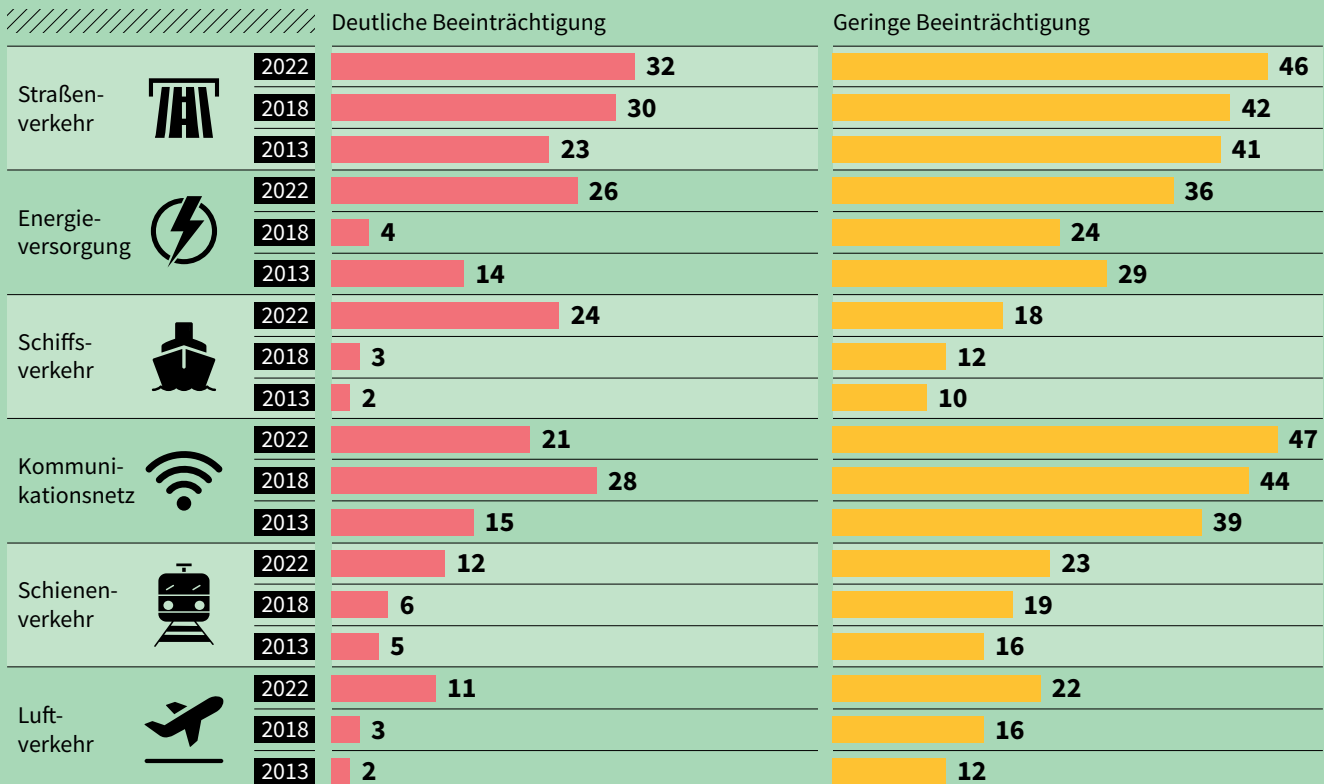
nehmen in Nordrhein-Westfalen das Straßennetz – für 42 Prozent wirkt sich dessen Zustand stark negativ auf das Geschäft aus.

Der einzige abgefragte Sektor in der IW-Studie, der einen positiven Trend zeigt, ist der Kommunikationsbereich. Hier sank der Anteil der durch Infrastrukturmängel stark betroffenen Unternehmen zuletzt von 28 auf 21 Prozent. Die gestiegenen Anforderungen durch vermehrtes Homeoffice scheinen Investitionen angeschoben und die Lage leicht verbessert zu haben. Dennoch bleibt auch das Kommunikationsnetz ein Problemfeld, schließlich klagen immer noch 68 Prozent über Mängel.

Fortsetzung

Infrastruktur: Das größte Problem bleibt die Straße

So viel Prozent der befragten Unternehmen, die durch Infrastrukturmängel in ihren Geschäftsabläufen beeinträchtigt waren beziehungsweise sind, klag(t)en über Probleme in diesen Sektoren



Befragung von 2.867 (2013), 2.684 (2018) und 1.760 (2022) Unternehmen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Die IW-Ergebnisse zeigen neben einer generellen massiven Unzufriedenheit, dass größere Firmen tendenziell stärker in den eigenen Geschäftsabläufen durch eine mangelhafte Infrastruktur gebremst werden als kleinere. Jedes dritte Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern sieht sich dadurch stark beeinträchtigt. Keine Probleme melden lediglich 16 Prozent. Zum Vergleich: Von den kleinen Firmen mit maximal neun Mitarbeitern kämpft jedes fünfte sehr mit Mängeln, für 35 Prozent läuft alles reibungslos.

Für den Standort Deutschland zeichnen die Ergebnisse insgesamt ein schlechtes Bild. Schließlich ist eine stabile Infrastruktur die Grundlage für eine positive Entwicklung der Wirtschaft.

Um Verbesserungen zu erzielen, sollte der Staat dringend in die Infrastruktur investieren – und zwar nicht nur, um den bestehenden

Mangel zu verwalten, sondern um spürbare Fortschritte zu erzielen. Zwar hat der Bund in den vergangenen Jahren seine Investitionen deutlich erhöht. Berücksichtigt man aber beispielsweise die gestiegenen Preise im Bausektor, wirkt die Auflistung gar nicht mehr so positiv (Grafik):

Die preisbereinigte Summe aller Investitionen des Bundes in die Infrastruktur ist im laufenden Jahr wieder auf dem Niveau von 2009 angekommen.

Nur im Jahr 2021 lagen die realen Ausgaben oberhalb von 13 Milliarden Euro. Hier gab es allerdings einen Sondereffekt, weil die Deutsche Bahn in diesem Jahr eine Eigenkapitalerhöhung durchgeführt hat.

Die niedrigen Investitionen sind allerdings nur ein Problem, ein weiterer Hemmschuh sind die langen Planungsverfahren für neue Infrastrukturprojekte. So dauert es bei einem neuen Schienenweg mit mehr

als 30 Kilometer Länge im Schnitt 274 Monate oder umgerechnet fast 23 Jahre vom Beginn der Vorplanung bis zur Eröffnung. Für Fernstraßen sieht die Bilanz nur unwesentlich besser aus: Projekte von mehr als 20 Kilometer Länge brauchen knapp 19 Jahre, bis sie freigegeben werden können.

Als drittes Hindernis kommt der Fachkräftemangel hinzu. Den Behörden fehlen unter anderem Bauingenieure, um neue Projekte schneller verwirklichen zu können. Und auch im Straßen- sowie Tiefbau reichen die Fachkräfte vorne und hinten nicht aus, was zu weiteren Verzögerungen bei der Sanierung und dem Ausbau von Straßen, Brücken und Schienen führt.

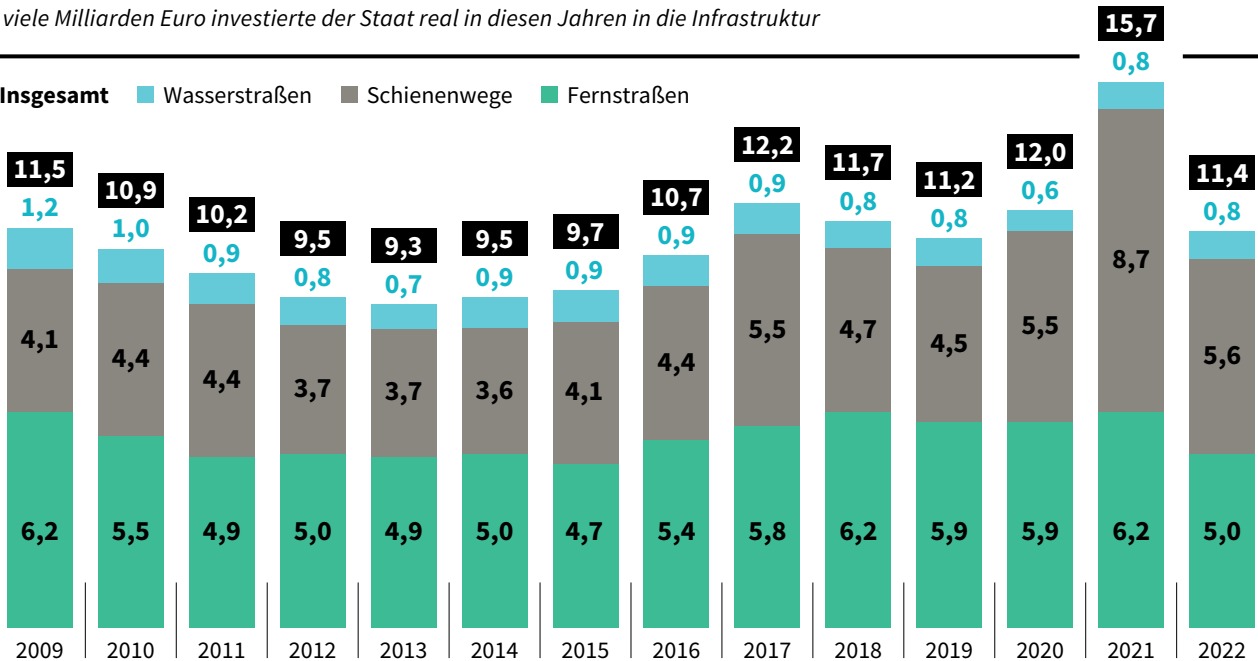
Aus IW-Trends 4/2022

Thomas Puls, Edgar Schmitz: Wie stark beeinträchtigen Infrastrukturprobleme die Unternehmen in Deutschland?
iwkoeeln.de/infrastruktur

Infrastruktur: Jährliche Milliarden-Investitionen

So viele Milliarden Euro investierte der Staat real in diesen Jahren in die Infrastruktur

■ **Insgesamt** ■ Wasserstraßen ■ Schienenwege ■ Fernstraßen



2021: Sondereffekt durch eine Eigenkapitalerhöhung bei der Deutschen Bahn; 2022: geplant

Quellen: ProMobilität, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

Kommentar. Deutsche Unternehmen klagen immer häufiger über Mängel der Infrastruktur, die sie in ihren Geschäftsabläufen behindern. Es wurde viel zu lange von der Substanz gelebt und zu wenig für die Infrastruktur getan, sagt **Thomas Puls**. Der IW-Verkehrsexperte fordert höhere staatliche Investitionen und einen weiteren Bürokratieabbau.



Foto: IW Medien

„Es gibt drei große Baustellen“

Nach den Ausbaukampagnen der 1960er und der 1970er Jahre in Westdeutschland galt die deutsche Infrastruktur einst als vorbildlich. In der Folge ruhte man sich aber auf dem Erfolg aus, die Investitionen in die Infrastruktur sanken in den folgenden Jahren deutlich. Westdeutschland begann, von der Substanz zu leben.

Nach der Wiedervereinigung wurde in den 1990er Jahren stark in den Ausbau der ostdeutschen Infrastruktur investiert. Aber auch hier folgte das gleiche Muster: Abwarten statt weitermachen. Das blieb nicht ohne Folgen. Bereits 1999 stellte die vom damaligen Kanzler Gerhard Schröder eingesetzte Pällmann-Kommission erhebliche Investitionsdefizite im Verkehrsbereich fest. Doch die Warnungen wurden ignoriert. Die preisbereinigten Investitionen sanken sogar in den darauffolgenden zehn Jahren.

Die Folgen sind heute unübersehbar. Die Infrastruktur entwickelt sich immer mehr zum Standortnachteil, wie die Ergebnisse der

neuesten IW-Unternehmensbefragung unterstreichen.

Fast 80 Prozent der befragten Firmen sehen sich in ihrer Geschäftstätigkeit durch Infrastrukturmängel eingeschränkt, 27 Prozent sprechen sogar von deutlichen Beeinträchtigungen.

Die in den 1960er und 1970er Jahren errichteten Infrastrukturen sind inzwischen um die 50 Jahre alt. Selbst bei guter Pflege würde in diesem Alter eine Generalsanierung fällig. Da es aber auch hier Versäumnisse gab, müssen nun wichtige Teile der Infrastruktur ersetzt werden.

Erste Schritte, um die Probleme zu bewältigen, wurden auf Bundesebene unternommen. Das reicht aber schlicht nicht, um die Lage zu verbessern. Es muss deutlich mehr kommen. So wurden die höheren Investitionen in die Infrastruktur seit 2015 weitgehend von steigenden Baupreisen geschluckt. In den Jahren 2021 und 2022 hat der Preisanstieg die Investitionen sogar real schrumpfen lassen. Das zeigt, dass der Investitionshaushalt

entgegen den bisherigen Planungen auch im laufenden Jahrzehnt kontinuierlich und verlässlich steigen muss, damit die nötigen Arbeiten beauftragt werden können.

Genauso wichtig ist es, Planungs- und Genehmigungsverfahren massiv zu beschleunigen.

Sie sorgen inzwischen dafür, dass Neubauten von Bundesverkehrswegen im Schnitt etwa 20 Jahre dauern. Erste Schritte wurden mit mehreren Planungsbeschleunigungsgesetzen gemacht, aber auch hier gilt: Das reicht nicht. Bei Ersatzneubauten wie der Leverkusener Brücke wäre ein Verzicht auf die Planfeststellung eine sinnvolle Maßnahme.

Doch all dies wird nichts nützen, wenn es an der Umsetzung scheitert. In der Bauwirtschaft herrscht ein sich laufend verschärfender Fachkräftemangel – vom Bauingenieur über den Polier bis zum Tiefbauer. Das Fachkräfteproblem besitzt das Potenzial, die Infrastruktursanierung nachhaltig auszubremsen. Das sind schlechte Aussichten für die deutschen Unternehmen.

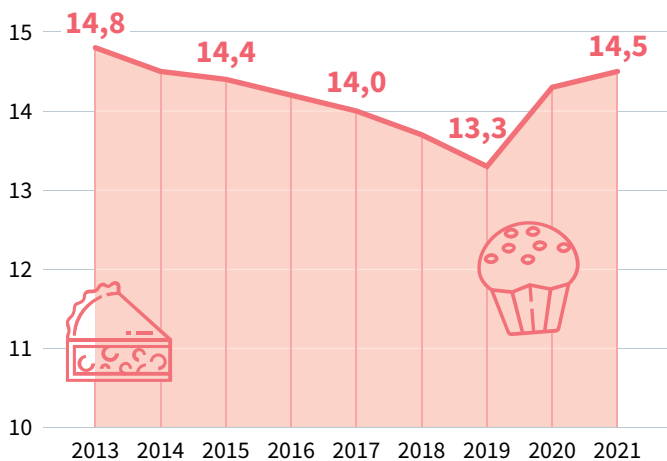
Ein zuckriges Geschäft

Süßwarenindustrie. Tonnenweise Süßkram geht hierzulande jedes Jahr vom Band und landet im heimischen Supermarktregal oder wird ins Ausland verschifft. Die Süßwarenindustrie produziert nicht nur Süßigkeiten und Gebäck, sondern auch Speiseeis und Knabberartikel. In der Vorweihnachtszeit hat die viertgrößte Branche der Ernährungsindustrie besonders viel zu tun.

Umsatz. Nach zwei durchwachsenen Jahren haben sich Absatz und Umsatz der Süßwarenbranche 2021 wieder erholt. Besonders das wichtige Exportgeschäft hatte unter Corona-Beschränkungen und gestörten Lieferketten gelitten. Im Jahr 2021 wurden dann wieder rund 2,4 Millionen Tonnen exportiert, ein Zuwachs von 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Umsatz der Süßwarenindustrie, zu der die Produktion von Süßigkeiten, Gebäck, Speiseeis und Knabberartikeln gehört, lag im vergangenen Jahr mit 14,5 Milliarden Euro im In- und Ausland sogar leicht über dem Vor-Corona-Niveau. Aktuell machen die stark gestiegenen Preise für Rohstoffe, Verpackungen, Logistik und Energie der Branche zu schaffen.

Die Süßwarenindustrie boomt wieder

Umsatz von Süßwaren, Dauerbackwaren und Speiseeis aus Deutschland im In- und Ausland in Milliarden Euro



Dauerbackwaren: zum Beispiel Knabberartikel und Kekse

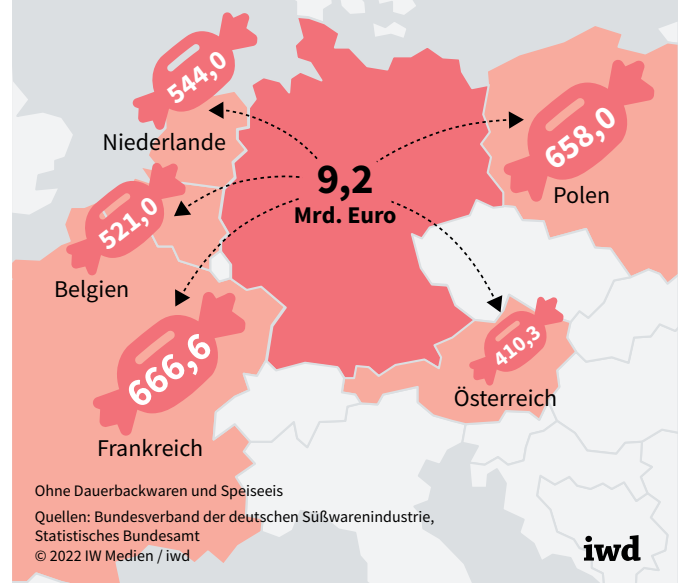
Quellen: Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie, Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Schoki, Gummibärchen & Co: Beliebt in ganz Europa

Für so viele Millionen Euro wurden im Jahr 2021 deutsche Süßwaren in diese Länder exportiert

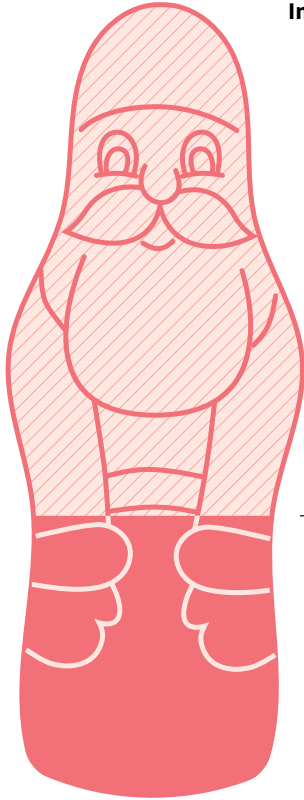
■ Exporte Insgesamt



Außenhandel. Im Süßwarenexport ist Deutschland seit vielen Jahren Weltmeister. Mehr als die Hälfte der hierzulande produzierten Süßwaren wird ins Ausland exportiert. Rund 73 Prozent aller Süßwarenausfuhren gehen in die EU, 27 Prozent in Drittländer. Der größte Abnehmer in der EU ist Frankreich: Im Jahr 2021 gingen Süßwaren im Wert von 666,6 Millionen Euro in das Nachbarland, zusätzlich wurden Speiseeis im Wert von etwa 35,8 Millionen Euro und Dauerbackwaren im Wert von 317,8 Millionen Euro geliefert. Unter den Drittländern sind die USA, das Vereinigte Königreich und die Schweiz die größten Abnehmer.

Oh, du Schokoladige

So viele Weihnachtsmänner wurden im Jahr 2021 in Deutschland hergestellt



Insgesamt 160 Millionen davon

103 Millionen für den Verkauf im Inland

57 Millionen für den Export

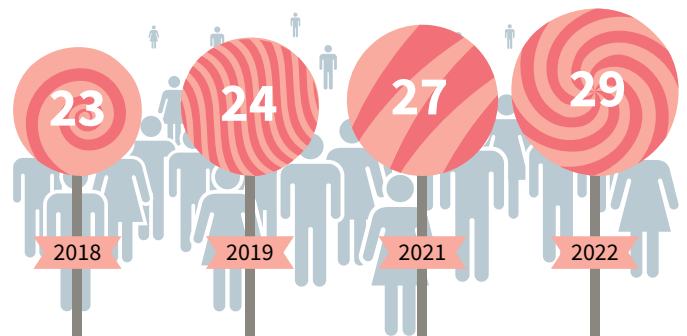
Quelle: Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie © 2022 IW Medien / iwd



Konsum. Die Bundesbürger lassen sich Süßigkeiten, Gebäck und Knabberzeug gerne schmecken: Im Jahr 2022 gaben 29 Prozent der Menschen in Deutschland an, täglich solch kleine Kalorienbomben zu konsumieren. Frauen greifen dabei häufiger in die Chips- oder Gummibärchentüte: Im Jahr 2012 naschten rund 34 Prozent von ihnen täglich Süßwaren, bei den Männern waren es nur 23 Prozent.

Mehr Lust auf Süßes

So viel Prozent der Menschen in Deutschland konsumierten täglich Süßigkeiten und Knabberzeug



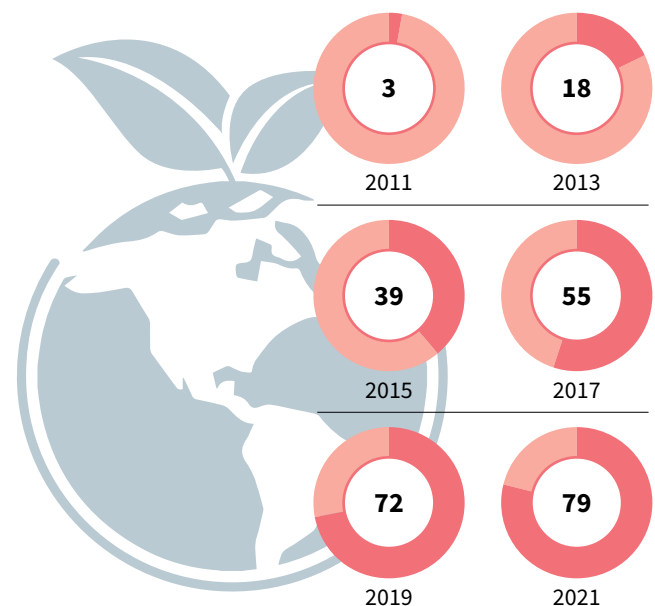
Jährliche Befragung von rund 1.000 Bundesbürgern ab 14 Jahren
Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft © 2022 IW Medien / iwd



Weihnachtsmänner. Schoko-Nikoläuse erfreuen sich zur Weihnachtszeit großer Beliebtheit. Rund 160 Millionen Nikoläuse und Weihnachtsmänner wurden 2021 in Deutschland hergestellt, ein Plus von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Davon wurden rund 103 Millionen in der Bundesrepublik verkauft, 57 Millionen gingen in den Export. An dem Mythos, dass die übrig gebliebenen Nikoläuse wieder eingeschmolzen werden, um im Frühjahr als Osterhasen eine zweite Lebenszeit im Supermarktregal zu erfahren, ist übrigens nichts dran.

Schokolade wird nachhaltiger

So viel Prozent des Kakaos, der in den in Deutschland im Jahr 2021 verkauften Süßwaren enthalten war, galt als nachhaltig zertifiziert



Quelle: Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie © 2022 IW Medien / iwd



Nachhaltigkeit. Auch für die Süßwarenindustrie wird Nachhaltigkeit als Kriterium in der Schokoladenherstellung immer wichtiger. So ist der Anteil an nachhaltig produziertem Kakao, der in den in Deutschland verkauften Süßwaren enthalten ist, deutlich gestiegen: Im Jahr 2011 waren nur 3 Prozent des Kakaos nachhaltig zertifiziert, zehn Jahre später betrug der Anteil 79 Prozent.

Türöffner Hochschule

Zuwanderung. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, braucht Deutschland qualifizierte Zuwanderer aus dem Ausland. Vor allem junge Menschen sollten schon vor Beginn ihrer akademischen Laufbahn vom Studium in der Bundesrepublik überzeugt und im Anschluss auf dem hiesigen Arbeitsmarkt gehalten werden.

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist mittlerweile allgegenwärtig. Unternehmen aus zahlreichen Branchen fällt es zunehmend schwerer, ihre Stellen passend zu besetzen. Der demografische Wandel wird das Problem verschärfen: So lebten Ende des Jahres 2021 rund 12,8 Millionen 55- bis 64-Jährige in Deutschland, die den Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren altersbedingt verlassen dürften oder dies bereits getan haben. Demgegenüber stehen aber nur 8,3 Millionen 15- bis 24-Jährige, die nachrücken können.

Ein wichtiges Mittel, um den Fachkräftemangel abzuschwächen, ist die Zuwanderung von Akademikern aus dem Ausland. Doch das ist leichter gesagt als getan. Zunächst müssen gut qualifizierte Personen bereit sein, ihr Herkunftsland zu verlassen. Und dann gibt es neben Deutschland noch viele andere Länder, die ein ebenso starkes Interesse daran haben, diese Fachkräfte für sich zu gewinnen.

Deswegen sollte die Bundesrepublik schon früher ansetzen und stärker darauf bauen, junge Men-

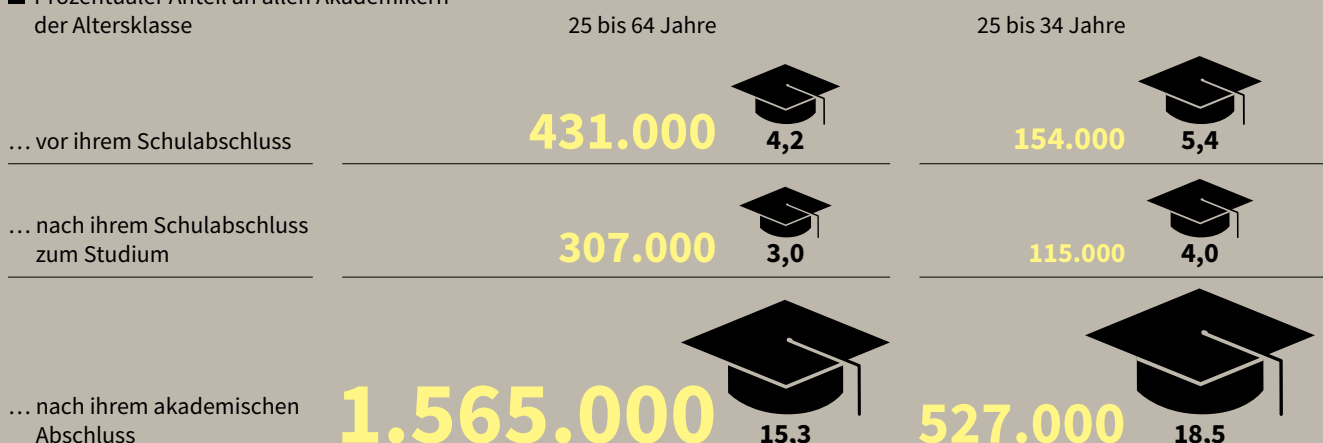
schen vor Beginn ihrer akademischen Laufbahn ins Land zu holen – mit dem Ziel, sie später als Fachkräfte zu halten. Bislang kommen die meisten qualifizierten Zuwanderer erst nach dem Studium (Grafik):

Von den rund 2,3 Millionen zugewanderten Akademikern im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die 2019 in Deutschland lebten, ließen sich mehr als zwei Drittel erst nach ihrem akademischen Abschluss in der Bundesrepublik nieder.

Zuwanderung von Akademikern vor allem nach dem Studium

So viele Personen dieser Altersklassen, die 2019 mit einem akademischen Abschluss in Deutschland lebten, sind ... zugewandert

■ Prozentualer Anteil an allen Akademikern der Altersklasse



Damit machte diese Zuwanderungsgruppe gut 15 Prozent aller Akademiker in Deutschland aus. Zugewanderte Personen, die ihren akademischen Abschluss in Deutschland machten, vereinten mit rund 4 Prozent einen deutlich geringeren Anteil auf sich.

Welche Chance darin liegt, Ausländer vom Studium in der Bundesrepublik zu überzeugen, zeigt unter anderem der Blick auf das Qualifikationsniveau: Während der Anteil der Personen mit einem Masterabschluss oder einer Promotion unter den heimischen Akademikern 2019 rund 16 Prozent betrug, lag er bei den zum Studium zugewanderten Fachkräften mit gut 40 Prozent weit höher. Zudem haben die ausländischen Akademiker häufiger einen Abschluss in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik – und in den sogenannten MINT-Berufen ist der Fachkräftemangel besonders groß (siehe Seiten 14–15).

Auffällig ist: Rund ein Drittel aller zugewanderten Akademiker ist

jünger als 35 Jahre. Für den deutschen Arbeitsmarkt hat das sowohl Vor- als auch Nachteile. Einerseits wird ein großer Teil von ihnen voraussichtlich noch mehrere Jahrzehnte arbeiten. Andererseits muss dies nicht unbedingt in Deutschland der Fall sein, da jüngere Menschen häufiger das Gastland wieder verlassen.

Auch um dieser Abwanderung entgegenzuwirken, hat die Ampelkoalition kürzlich eine Reform auf den Weg gebracht, mit der die Wartezeit bis zur Einbürgerung von acht auf fünf Jahre verkürzt werden soll. Zur Einordnung: 2019 besaßen rund 57 Prozent der zum Studium Zugewanderten nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Betrachtet man ihre Herkunftsländer, zeigt sich ein breites Spektrum (Grafik):

Die meisten der Akademiker, die zum Studium nach Deutschland kamen, stammten aus China und Russland oder waren gebürtige Deutsche, die aus dem Ausland zurückkehrten. Dahinter folgen viele Länder mit kleinen Anteilen.

Für die langfristige Fachkräftesicherung in Deutschland ist die große Streuung von Vorteil. Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Veränderungen in einzelnen Ländern wirken sich so weniger stark auf die Zuwanderung aus.

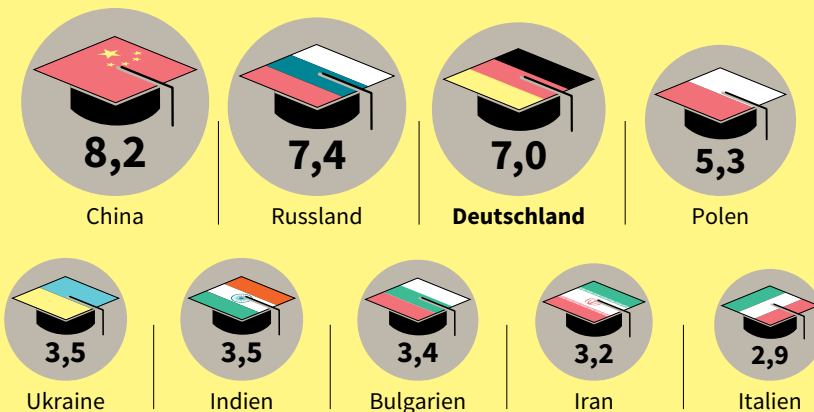
Um mehr angehende Akademiker für Deutschland zu gewinnen, muss vor allem der Zugang für Interessenten aus Drittstaaten vereinfacht werden. Aktuell müssen diese Zuwanderer für den Aufenthalt in Deutschland einen gesicherten Lebensunterhalt in ihrer Heimat nachweisen. Diese Regelung benachteiligt Studenten aus ärmeren Familien und aus Ländern mit niedrigem Wohlstandsniveau stark und schließt sie bereits von vornherein vom Studium in Deutschland aus.

Dass hierzulande kaum Studiengebühren erhoben werden, ist in diesem Fall sogar von Nachteil – denn dadurch hat sich kein so ausgeprägtes Stipendiensystem wie beispielsweise in den USA entwickelt, das den Lebensunterhalt von leistungsstarken Studenten aus Drittstaaten gegebenenfalls sichern könnte.

An diesem Punkt sollte die Regierung ansetzen und vermehrt Stipendien- oder Bürgerschaftsprogramme auflegen. Zudem wäre es sinnvoll, für die Bildungszuwanderer aus Drittstaaten einen spezifischen Aufenthaltstitel für die Zeit zwischen Studienabschluss und dauerhafter Niederlassungserlaubnis zu schaffen. Dies würde es auch leichter machen, das Studium und den nachfolgenden Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt im Ausland zu bewerben.

Studium: Viele Akademiker aus China und Russland

So viel Prozent der Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die zum Studium nach Deutschland kamen und dort 2019 mit einem akademischen Abschluss lebten, stammten ursprünglich aus diesen Ländern



Deutschland: in Deutschland geboren, aber vor dem Studium im Ausland lebend

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Aus IW-Trends 3/2022

Wido Geis-Thöne: Fachkräftesicherung durch Zuwanderung über die Hochschule – Aktueller Stand und Handlungsansätze für die Politik
iwkoeln.de/zuwanderung-hochschule

Viel Geld, viel Flexibilität

M+E-Tarifabschluss. Der Arbeitgeberverband Südwestmetall und die IG Metall Baden-Württemberg haben sich auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Er ist der Pilotabschluss für die gesamte Metall- und Elektro-Industrie. Mit 24 Monaten Laufzeit, deutlich mehr Geld für die Beschäftigten und viel Flexibilität für die Firmen trägt er der ausgesprochen schwierigen Wirtschaftslage Rechnung.

Langläufer – dieser Begriff meint nicht nur Wintersportler, sondern auch Tarifverträge mit langer Gültigkeit. Auf solch einen Langläufer haben sich die Tarifparteien der M+E-Industrie in Baden-Württemberg verständigt. Er gilt rückwirkend ab dem 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2024 und wird von allen deutschen M+E-Regionalverbänden und -Gewerkschaften übernommen.

Für die Arbeitgeberseite bedeutet der Langläufer vor allem eines: Planungssicherheit. Denn die Firmen können sich darauf einstellen, welche Personalkosten sie für zwei

Jahre zu stemmen haben. Andererseits wissen die Arbeitnehmer, mit wie viel mehr Geld sie perspektivisch rechnen können, und etwaige Arbeitskämpfe sind vom Tisch: Ab Juni 2023 gibt es in der M+E-Industrie – einer Branche, die schon seit jeher ohnehin überdurchschnittlich gut zahlt – für die Beschäftigten 5,2 Prozent mehr Gehalt. Ab Mai 2024 kommen noch einmal 3,3 Prozent obendrauf.

Das dauerhafte Gehaltsplus ist aber nur ein Teil des Tarifpakets. Zusätzlich soll das Angebot der Bundesregierung, demzufolge

Firmen eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von bis zu 3.000 Euro zahlen dürfen, voll ausgeschöpft werden – bis zum 1. März 2023 und bis zum 1. März 2024 sollen je 1.500 Euro an die Mitarbeiter fließen (Grafik):

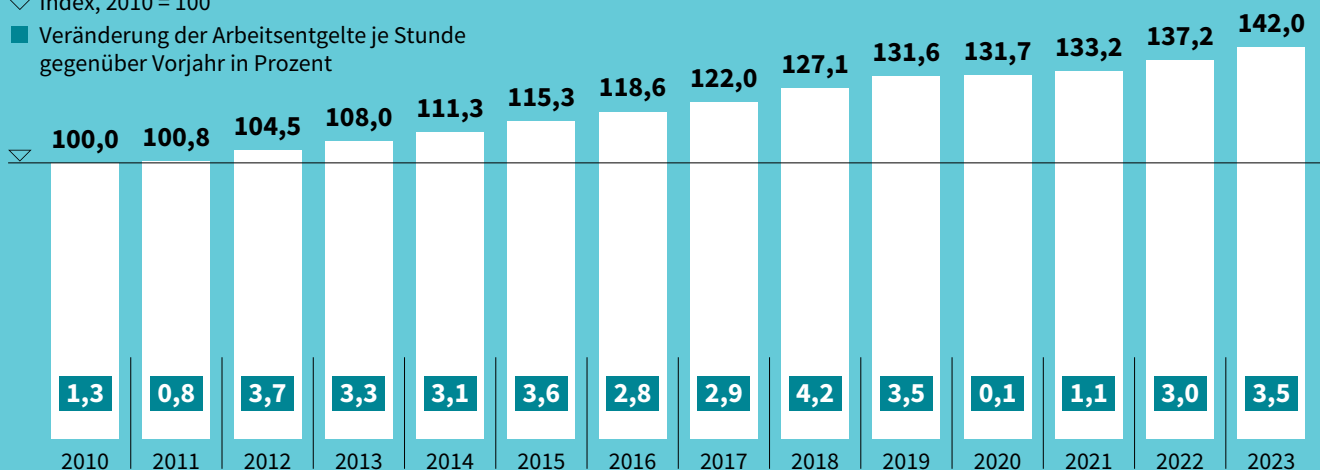
In der Summe bedeutet das Ergebnis allein für 2023 ein Lohnplus von 3,5 Prozent für die Beschäftigten der M+E-Industrie.

Bei diesen Sonderzahlungen zeigt sich aber auch die Besonderheit des jüngsten M+E-Tarifabschlusses: Er räumt den Unternehmen viel Flexibilität ein, um sie in den aktuell äu-

Metall- und Elektro-Industrie: Löhne steigen deutlich

▽ Index, 2010 = 100

■ Veränderung der Arbeitsentgelte je Stunde gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Deutsche Bundesbank, Gesamtmetall, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

berst unsicheren Zeiten nicht zu überlasten und ein Fahren auf Sicht zu ermöglichen. So können die Firmen wählen, ob sie die Prämien schon im Dezember 2022 und 2023 zahlen oder jeweils in ein anderes Kalenderjahr nach hinten schieben. Noch mehr Optionen gibt es für die Betriebe beim sogenannten T-Zug:

Das 2018 eingeführte tarifliche Zusatzgeld wird von 400 Euro auf 600 Euro erhöht. Liegt die Nettoumsatzrendite eines Unternehmens allerdings unter 2,3 Prozent, kann die Auszahlung des T-ZUG vom 31. Juli auf den 30. April des Folgejahres verschoben werden – und in einem zweiten Schritt notfalls sogar entfallen.

Als Ausgleich für das Plus beim T-Zug wird die für Februar 2023 geplante Erhöhung des Transformationsgelds, einer weiteren jährlichen Sonderzahlung, gestrichen.

Darüber hinaus verpflichtet der Tarifvertrag Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, sich an einen Tisch zu setzen, wenn es zu Energieengpässen kommt und die Bundesregierung die Notfallstufe ausruft. Dann müssen die Tarifpartner prüfen, inwiefern der Vertrag anzupassen ist, um Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Selbiges ist im Kleinen vorgesehen, wenn einzelne Betriebe wegen Energieengpässen in Schieflage geraten.

Fernab von Energieknappheit und trüben Wirtschaftsaussichten hat es ein weiteres Thema in den Vertrag geschafft: New Work – also neue Formen der Arbeitsorganisation mit hohen Freiheitsgraden für die Beschäftigten. Der Abschluss verpflichtet die Tarifparteien dazu, Gespräche zu den neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit, beispielsweise zur Ausweitung des mobilen Arbeitens, aufzunehmen und erste Ergebnisse binnen zwei Jahren festzuhalten.

„Ein Flächentarifvertrag ist aktueller denn je“

Interview. In diesen schwierigen Zeiten haben sich die Tarifpartner in der Metall- und Elektro-Industrie auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt. IW-Ökonom **Hagen Lesch** ordnet das Ergebnis ein.



Foto: Institut der deutschen Wirtschaft

Auf den ersten Blick sind 8,5 Prozent mehr Gehalt ein gutes Ergebnis für die IG Metall. Doch der M+E-Tarifvertrag läuft zwei Jahre und bei einer Inflationsrate von 10 Prozent wird vom Lohnplus am Ende real nichts übrig bleiben. Weshalb haben sich die Arbeitnehmer dennoch darauf eingelassen?

Richtig ist, dass die prozentualen Anpassungen die Inflation nicht vollständig ausgleichen werden. Die IG Metall kann aber auf die steuerfreien Einmalzahlungen verweisen. Ein Vollzeitbeschäftigter bekommt zweimal 1.500 Euro netto. Damit lässt sich eine höhere Strom- oder Gasrechnung abfedern. Die Bundesregierung hat den Tarifparteien hier eine Brücke gebaut, die es erleichtert hat, einen Kompromiss zu finden.

Könnte die Lohn-Preis-Spirale in Deutschland verhindert werden, wenn der Tarifvertrag der Metaller anderen Branchen als Vorbild dient?

Das kann er. Schaut man auf die Kostenrechnung der Arbeitgeber, fällt der Tarifabschluss – trotz hoher Inflation – nicht aus dem üblichen Rahmen. Wird die

steuerfreie Einmalzahlung schon 2022 ausgezahlt oder durch eine Rückstellung bilanziert, steigen die Lohnkosten 2022 um 3,04 Prozent. Im nächsten Jahr sind es 3,49 Prozent. Zieht man davon den Produktivitätsgewinn von rund 1 Prozent ab und berücksichtigt man, dass die Europäische Zentralbank eine Inflation von 2 Prozent toleriert, droht kein Konflikt zwischen Geld- und Lohnpolitik.

Der neue Tarifvertrag enthält einige flexible Elemente, um M+E-Firmen je nach Wirtschaftslage nicht zu überfordern. Ist der Flächentarifvertrag also eigentlich längst überholt?

Angesichts der derzeitigen Herausforderungen halte ich den Flächentarifvertrag für aktueller denn je. Die Inflation führt – ebenso wie der wachsende Arbeitskräftemangel – auch ohne Tarifbindung bei den Löhnen zu einem großen Handlungsbedarf. Da wird es noch manchen innerbetrieblichen Konflikt geben. Der Metallabschluss zeigt, dass man auf der Branchenebene tragfähige Kompromisse schmieden kann und den Konflikt so weitgehend aus dem Betrieb heraushält.

Ein Flickenteppich

Ganztagsbetreuung. Ob ein Grundschulkind nachmittags Unterricht hat, in einem Hort betreut wird oder zu Hause seine Hausaufgaben macht, hängt stark davon ab, wo es zur Schule geht. Auch in puncto Gebührenerhebung unterscheiden sich die Bundesländer deutlich.

Was in anderen Ländern wie den USA, dem Vereinigten Königreich oder Frankreich traditionell existiert, ist in Deutschland immer noch in weiter Ferne: der ganztägig organisierte Schulbesuch. Doch immerhin soll es ab dem Schuljahr 2026/27 für Kinder, die dann eingeschult werden, einen bundesweiten Rechtsanspruch auf wochentäglich acht Stunden Unterricht und Betreuung geben, der dann innerhalb von vier Jahren für die Klassenstufen eins bis vier gilt.

Wie weit sind die einzelnen Bundesländer derzeit vom Grundschulganztags noch entfernt? Bundesweit schafft es lediglich der Stadtstaat Hamburg, fast alle seine Grundschüler ganztägig zu beschulen und zu betreuen (Grafik):

In Hamburg besuchten im Schuljahr 2020/21 rund 99 Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler eine Ganztagschule oder einen Hort, in Schleswig-Holstein nur 33 Prozent.

Auch die östlichen Bundesländer weisen hohe Betreuungsquoten auf, denn die in der DDR-Zeit etablierten Hortsysteme wurden zwar nach der Wiedervereinigung stark zurückgebaut, aber nie vollständig aufgegeben. Dagegen mussten die westdeutschen Länder mit der Einrichtung von Betreuungsinfrastrukturen bei null beginnen.

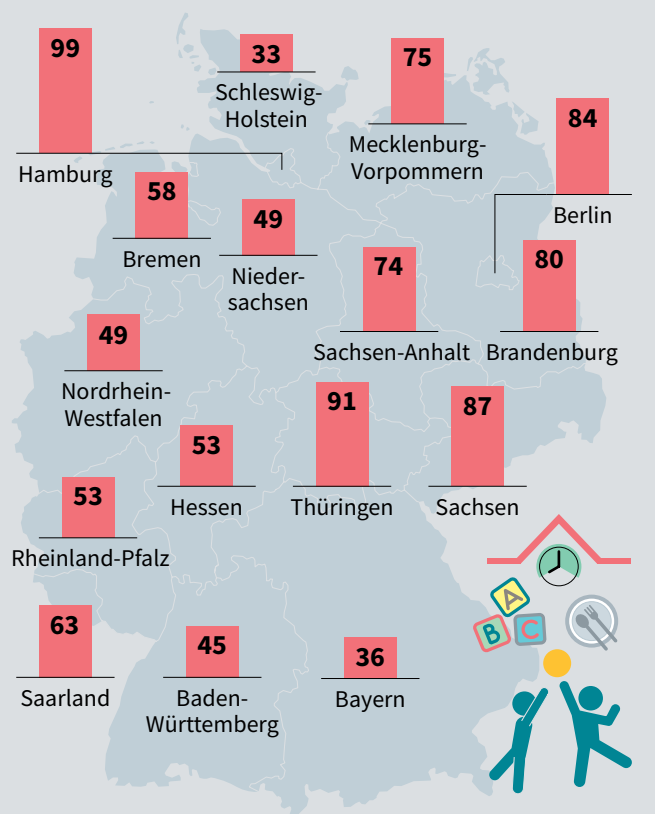
Doch nicht nur hinsichtlich der Ganztagskapazitäten für Grundschüler unterscheiden sich die Bundesländer enorm, auch die Elternbeiträge variieren. So gibt es Länder, in denen die Nachmittagsbetreuung kostenlos ist, in Berlin sogar das Mittagessen, während andere substanzielle Gebühren verlangen.

Das IW hat einen Überblick für die einzelnen Bundesländer erstellt, der die unterschiedlichen Ganztagsangebote sowie die Elternbeiträge in den Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern vergleicht. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse:

Hamburg ist vielen anderen Ländern weit voraus: Seit 2012 ist der Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern gesetzlich verankert – und zwar für

Ganztagsbetreuung: Für Grundschüler keine Selbstverständlichkeit

So viel Prozent der Grundschüler in Deutschland besuchten im Schuljahr 2020/21 eine Ganztagschule oder einen Hort



Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

einen außergewöhnlich langen Zeitraum: von 6 Uhr bis 18 Uhr. Die Betreuungszeit zwischen 8 und 16 Uhr ist kostenlos, in den Randzeiten und während der Ferien ist die Betreuung für Eltern kostenpflichtig. Allerdings wird die Randzeitenbetreuung nur von wenigen Familien in Anspruch genommen: Im Schuljahr 2020/21 besuchten lediglich 6 Prozent der Hamburger Grundschüler vor

8 Uhr beziehungsweise nach 16 Uhr eine Betreuungseinrichtung.

Auch in **Thüringen** besteht bereits ein Anspruch auf Betreuung: Er umfasst zehn Schulhortstunden an fünf Tagen in der Woche, wobei die Unterrichtszeiten mitzählen. Die Elternbeiträge für Schulhorte in den beiden Großstädten Erfurt und Jena liegen bei monatlich maximal 90 respektive 92 Euro.

In **Berlin**, wo es offene und gebundene Ganztags-schulen gibt, sind die Betreuungsangebote für Grundschul-kinder in den ersten beiden Jahrgangsstufen kostenlos; bis einschließlich der sechsten Klasse wird außerdem für alle Schülerinnen und Schüler ein kostenfreies Mittagessen angeboten. Ab der dritten Klasse gilt ein Beitragssystem, das verschiedene Zeitkontingente ermöglicht und nach den steuerpflichtigen Bruttoeinkommen der Eltern gestaffelt ist.

Auch in **Brandenburg** existiert bereits ein Rechtsanspruch auf Betreuung, der sich auf vier Stunden am Tag in einem Hort bezieht. Rechnet man den regulären Schulunterricht dazu, ergibt sich so eine Gesamtbetreuungszeit von acht Stunden. Die Elternbeiträge für die Hortbetreuung werden von den Trägern selbst festgelegt und erhoben, müssen aber nach der Betreuungszeit und dem Nettoeinkommen der Eltern gestaffelt sein.

Für Grundschul-kinder in **Mecklenburg-Vorpommern** gibt es zwar keinen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, doch seit 2020 sind alle Betreuungseinrichtungen grundsätzlich kostenlos, auch die Horte.

Die im **Saarland** häufigste Form der Grundschülerbetreuung ist die freiwillige Ganztags-schule, die eine Halbtagsschule mit freiwillig wählbaren Nachmittagsangeboten entweder bis 15 Uhr oder bis 17 Uhr kombiniert. Die Elternbeiträge für die kurze Variante belaufen sich auf 30 Euro im Monat, die lange Variante kostet 60 Euro monatlich.

Hessen bietet eine große Bandbreite an Betreuungs- und Beitragssystemen. Der Besuch der Nachmittagsbetreuung der drei verschiedenen Varianten der Ganztags-schule ist grundsätzlich kostenlos. Für Hortplätze, die erweiterte schulische Betreuung durch freie Träger sowie die Betreuung im Rahmen des „Pakts für den Nachmittag“ werden Elternbeiträge erhoben.

Der Besuch einer Ganztags-schule in **Niedersachsen** ist mit Ausnahme der Mittagsverpflegung kostenfrei, Hortplätze sind kostenpflichtig.

In **Nordrhein-Westfalen** gibt es für Grundschüler fast nur eine Einrichtungsart: die offene Ganztags-schule. Sie soll an allen Schultagen Angebote von 8 bis 16 Uhr machen, wobei in der Regel morgens der Unterricht und nachmittags die ergänzende Betreuung stattfindet.

Ganztags-schulen in NRW: Große Gebührenunterschiede



So viel Euro im Monat kostet Eltern eines Grundschul-kinds ein Platz in der offenen Ganztags-schule in den zehn größten Städten Nordrhein-Westfalens bei einem jährlichen Bruttoeinkommen von ...

	... 25.000 Euro	... 50.000 Euro	... 75.000 Euro	... 100.000 Euro
Bonn	66	142	197	215
Münster	0	95	150	185
Köln	60	100	150	180
Düsseldorf	0	50	125	180
Bochum	35	94	162	180
Essen	25	100	150	170
Bielefeld	70	135	170	170
Dortmund	0	95	136	164
Wuppertal	25	95	160	160
Duisburg	0	55	75	130

Stand: August 2022
Beiträge für Eltern mit einem Kind

Quellen: jeweilige Homepage der aufgeführten Städte
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Elternbeiträge sind landesweit derzeit mit 215 Euro im Monat begrenzt, zudem ist eine Staffelung nach Einkommen vorgesehen. Gleichwohl gehen die Städte bei der Gebührenerhebung unterschiedlich vor, etwa in Bezug auf weitere Kinder, die eine Kita oder Kindertagespflege besuchen, oder hinsichtlich des Betreuungsumfangs (Grafik):

In Bonn kostete Eltern, die ein Bruttojahreseinkommen von 50.000 Euro haben, ein Platz in der offenen Ganztags-schule zuletzt 142 Euro im Monat, in Duisburg waren 55 Euro fällig.

In **Bayern** sind die gebundene und die offene Ganztags-schule kostenfrei. Für Horte, die in Bayern anders als in allen anderen westdeutschen Ländern dieselbe Bedeutung wie die Ganztags-schulen haben und in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut wurden, werden Elternbeiträge erhoben.

IW-Report 54/2022

Wido Geis-Thöne: Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern

iwkoeln.de/elternbeitraege

Innovationen brauchen Fachkräfte

MINT-Herbstreport. In den vergangenen Monaten fehlten in Deutschland weit mehr als 300.000 MINT-Fachkräfte. Um die Wirtschaft zukunftsfest zu machen, muss Deutschland noch innovativer werden – was den Bedarf an Fachpersonal weiter steigert. Nachwuchskräfte sind also begehrt und haben beste Verdienstchancen.

Die Corona-Pandemie hatte das Problem kurzzeitig kaschiert, verschwunden war es aber nie: Deutschland hat ein dramatisches Fachkräfteproblem. Das gilt besonders für MINT-Tätigkeiten, also jene in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Im Oktober 2022 gab es in diesen Berufen bundesweit mehr als 500.000 offene Stellen – bei nur gut 175.000 arbeitslos gemeldeten Personen, die einem MINT-Beruf nachgehen wollen. Das bedeutet unterm Strich (Grafik):

Über alle 36 MINT-Berufskategorien hinweg gab es in Deutschland im Oktober 2022 eine Arbeitskräftelücke von 326.100 Personen.

Am größten war der Engpass bei den beruflich qualifizierten Facharbeitern mit 154.400 fehlenden Kräften. In den MINT-Expertenberufen, für die in der Regel ein Studienabschluss benötigt wird, konnten 137.500 Arbeitsplätze nicht besetzt werden, Meister und Techniker gab es 34.200 zu wenig. Differenziert man nach Berufsbereichen, tat sich die größte Lücke in den Energie- und Elektroberufen mit 84.900 fehlenden Kräften auf, gefolgt von den Berufen der Maschinen- und Fahrzeugtechnik (62.500) und den IT-Berufen (58.700).

Die kriegs- und krisenbedingt gestiegenen Preise und Zinsen führen zwar einerseits dazu, dass beispielsweise die Baunachfrage

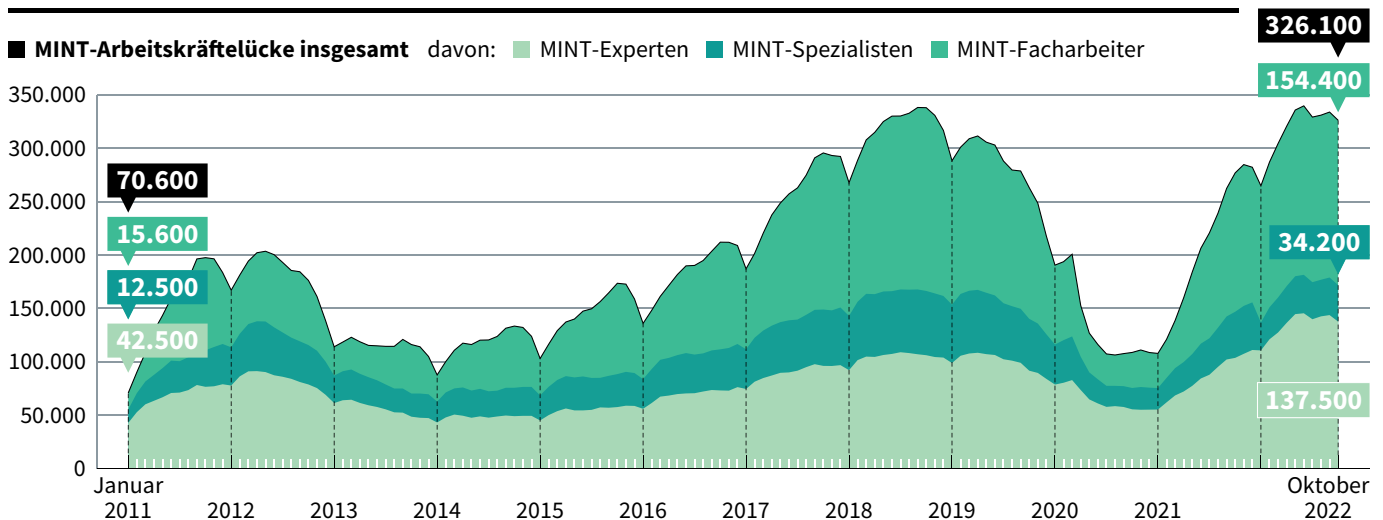
sinkt. Damit ist die Engpasslage unter anderem bei den Bauingenieuren nicht mehr ganz so gravierend wie noch vor Kurzem.

Andererseits muss sich die deutsche Wirtschaft vielen neuen Herausforderungen stellen. Zum Demografieproblem, der Digitalisierung und dem erforderlichen Ausstieg aus fossilen Energien (siehe iwd 12/2022) ist spätestens seit dem Ukraine-Krieg die Notwendigkeit hinzugekommen, unabhängiger von Ländern wie Russland und China zu werden. Dies gilt nicht nur für den Bereich der Energiegüter.

All dies hat zur Folge, dass Innovationen immer wichtiger werden. Um neue Produkte und

Der große MINT-Fachkräftemangel

So viele MINT-Fachkräfte fehlten in Deutschland



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

MINT-Experten: meist Akademiker; MINT-Spezialisten: meist Techniker und Meister; MINT-Facharbeiter: meist Ausbildungsabsolventen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

Verfahren zu entwickeln und umzusetzen, braucht es entsprechend qualifizierte Erwerbstätige – und MINT-Kräfte spielen hier eine besonders große Rolle (Grafik):

Tendenziell gibt eine Branche in Deutschland umso mehr Geld für Innovationen aus, je größer der Anteil der MINT-Erwerbstätigen ist.

Fachkräfteengpässe können demzufolge dazu führen, dass Unternehmen nicht in der Lage sind, geplante Innovationsprojekte zu realisieren.

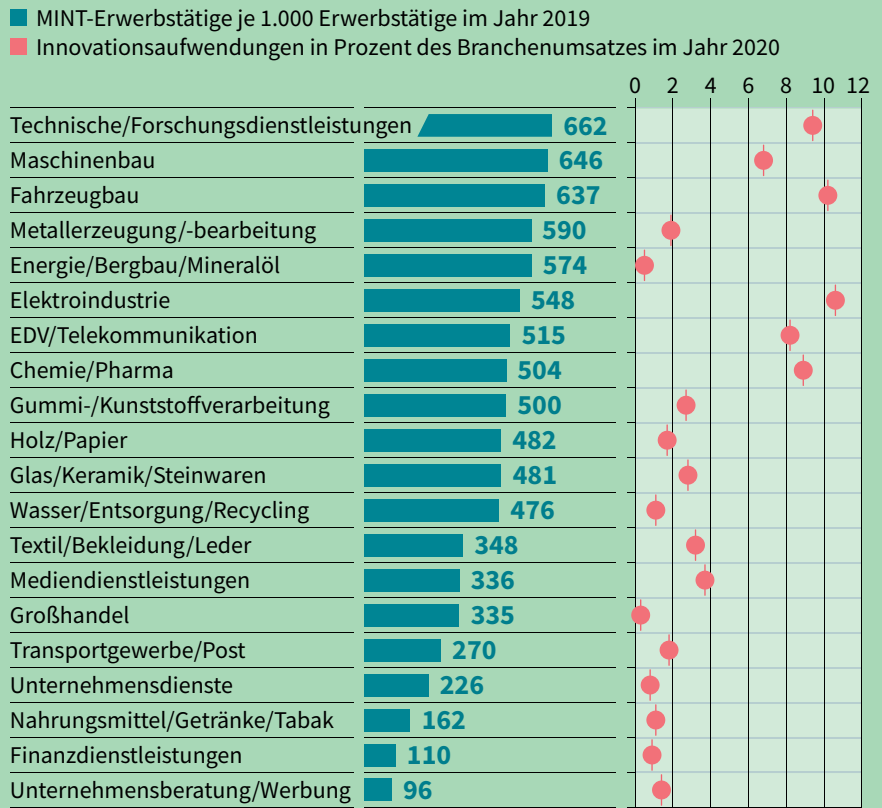
Umso bedenklicher sind daher die Perspektiven für den MINT-Arbeitsmarkt. So ist die Zahl der Studienanfänger in MINT-Fächern seit 2016/2017 von rund 198.000 auf nur noch 172.000 im Studienjahr 2021/2022 gesunken. Zudem hatten Jugendliche während der Corona-Pandemie deutlich weniger Gelegenheiten, ein Praktikum zu absolvieren oder sich auf Berufsmessen über die Chancen einer MINT-Ausbildung oder eines entsprechenden Studiums zu informieren. Damit verschlechterten sich auch die Möglichkeiten der Betriebe und Bildungsträger, verstärkt junge Frauen für MINT-Berufe und -Studiengänge zu begeistern.

Um den Negativtrend umzukehren, werben Firmen stärker denn je um MINT-Nachwuchskräfte. Und sie können mit starken Argumenten aufwarten: Eine Erwerbstätigkeit im MINT-Bereich bietet viele Aufstiegsmöglichkeiten und die Chance auf einen Arbeitsplatz, der nicht nur häufig unbefristet, sondern auch überdurchschnittlich gut bezahlt ist:

Im Schnitt verdienen in Vollzeit erwerbstätige MINT-Akademiker im Jahr 2020 rund 5.800 Euro brutto im Monat – 400 Euro mehr

MINT-Erwerbstätigkeit und Innovationen sind eng verzahnt

Branchen mit nennenswerten Innovationsaufwendungen in Deutschland



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

Quellen: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Rammer et al. (2022), Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd



als die erwerbstätigen Hochschulabsolventen insgesamt.

Noch deutlicher wird die gute Entlohnung im MINT-Bereich bei den Tätigkeiten, für die in der Regel eine Berufsausbildung erforderlich ist. So lag das monatliche Medianentgelt – also der mittlere aller der Höhe nach gereihten Löhne – im Schnitt aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Facharbeiter Ende 2020 bei 3.166 Euro. In der Informatik war der Medianverdienst mit 4.243 Euro rund

ein Drittel höher, auch Fachkräfte in den Tätigkeitsbereichen Technische Forschung und Produktionssteuerung (3.831 Euro) sowie Bau, Vermessung und Gebäudetechnik (3.720 Euro) verdienten wesentlich mehr als der Durchschnitt.

Gutachten

Christina Anger, Julia Betz, Enno Kohlisch, Axel Plünnecke: MINT-Herbstreport 2022 – MINT sichert Zukunft iwkoeln.de/mint-herbstreport

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche**520** Euro

wollen die Deutschen dieses Jahr im Schnitt für Weihnachtsgeschenke ausgeben. Das sind rund 2 Euro weniger als im Jahr 2021. In einer Befragung des Instituts für Empirie und Statistik gab rund jeder Dritte an, diesen Winter aufgrund eines knapperen Budgets weniger für Geschenke ausgeben zu wollen. Nur etwa die Hälfte der Befragten geht davon aus, dieses Jahr gleich viel in Weihnachtsgeschenke zu investieren wie 2021. Die GfK rechnet für das diesjährige Weihnachtsgeschäft mit einem Umsatzvolumen von knapp 18 Milliarden Euro im Einzelhandel. Das sind 8 Prozent weniger als 2021. Laut Prognosen des Handelsverbands Deutschland werden dieses Jahr etwa 17,6 Prozent der Deutschen ihre Geschenke online besorgen, der Rest bevorzugt den klassischen Einzelhandel. Im Vergleich zu 2021 ist der Anteil beim Online-Shopping für Weihnachtsgeschenke etwas zurückgegangen: Im vergangenen Jahr kauften noch mehr als 18 Prozent ihre Geschenke im Internet. Egal, ob online gekauft oder im Geschäft, am liebsten verschenken die Deutschen Bücher. Danach folgen Kleidung, Kosmetika, Spielwaren und Lebensmittel. Überraschend: Am häufigsten wünschen sich die Deutschen weder Lektüre noch Kleidung, sondern Gutscheine. Sie stehen bei rund 30 Prozent an erster Stelle. Beschenkt werden übrigens nicht nur Familie und Freunde. Jeder Fünfte gönnt sich dieses Jahr zu Weihnachten selbst etwas.

Top-Liste: Weihnachtsgeld

Rund die Hälfte der Arbeitnehmer in Deutschland erhält Weihnachtsgeld, unter den Tarifbeschäftigten sind es sogar fast 86 Prozent. Im Schnitt können sich tariflich entlohnte Arbeitnehmer in diesem Jahr über eine Sonderzahlung von 2.747 Euro freuen, das sind knapp 3 Prozent mehr als 2021. Wie hoch das Weihnachtsgeld tatsächlich ausfällt, ist eine Frage der Branche: Recht üppig ist das tarifliche Extra für die Beschäftigten der Erdölgewinnung oder der Kokerei und Mineralölverarbeitung – sie erhalten durchschnittlich etwa 5.500 Euro zusätzlich zum Novembergehalt. Am niedrigsten ist die Sondervergütung in den Leiharbeits- und Vermittlungsunternehmen: Deren Tarifbeschäftigte müssen sich im Schnitt mit 327 Euro zusätzlich begnügen.

Sonderzahlung: Wo es das meiste Geld gibt

So viel Euro Weihnachtsgeld (brutto) erhalten die Tarifbeschäftigten dieser Branchen in Deutschland im Durchschnitt im Jahr 2022

■ Anteil der Beschäftigten, die diese Sonderzahlung erhalten, in Prozent

Gewinnung von Erdöl und Erdgas	5.504	100,0
Kokerei und Mineralölverarbeitung	5.450	100,0
Rundfunkveranstalter	5.341	53,0
Energieversorgung	5.263	98,0
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	5.104	100,0
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	5.100	98,8
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	4.967	75,0
Information und Kommunikation	4.457	67,3
Erbringung von Finanzdienstleistungen	4.304	99,5
Informationsdienstleistungen	4.279	79,3